Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannesgasse 8.

Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 4—6 Uhr.

Die Redaction ist an Sonntagen Nachmittags nicht geöffnet.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstraße 1. Louis Lösche, Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis vierteljährlich 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen (in Tausend-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unser Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf. Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 355. Sonnabend den 21. December 1889. 83. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 22. December, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Der am 21. vorigen Monats allhier verstorbene Herr Privatmann **Julius Richard Herzog** hat dem „Pensionsfonds für die technischen Beamten und Arbeiter beim Leipziger Stadttheater" ein Legat von

Eintausend Mark

testamentarisch hinterlassen.

Nachdem diese Summe zur Auszahlung gekommen, bringen wir hiermit unseren aufrichtigen Dank für diesen Beweis des Wohlwollens öffentlich zum Ausdruck.

Leipzig, den 18. December 1889.

Der Verwaltungs-Ausschuß des Pensionsfonds für Chor u. sonstige Angestellte am Stadttheater zu Leipzig.

187 Dr. Georgi, Vorsitzender. Wilisch, Aff.

Holzauction.

Freitag, den 27. December d. Js. sollen in Abth. 2 des Burgauer Forstreviers **hinter den Militairschießständen,** dicht an der Flutrinne und den Lützschener Wiesen

ca. 240 starke Abraumhaufen und
„ 140 „ Langhaufen

unter den öffentlich aushängenden Bedingungen und gegen die übliche Auszahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: Vormittags 9 Uhr auf dem obengenannten Schlage.

Leipzig, am 14. December 1889.

Des Raths Forstdeputation.

Gefunden

wurde im November vor. Jahres in einem öffentlichen Caffeelocale zu Leipzig-Reudnitz ein Geldbetrag von

500 Mark,

welcher bisher von Eigenthümer nicht reclamirt worden ist.

Letzterer wird hierdurch wiederholt aufgefordert, sich gehörig legitimirt, zur Empfangnahme des Geldes zu melden, da anderenfalls weitere Verfügung darüber getroffen werden wird.

Leipzig, am 18. December 1889.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

VII. 4066. Gretschneider. Mt.

Bekanntmachung.

Weihnachts-Packetverkehr.

Bei den hiesigen Postämtern werden am Sonntage den 22. December die Packet-Annahme- und Ausgabestellen wie an Werktagen geöffnet sein.

Leipzig, 20. December 1889.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter.

Die Lage in Ostafrika.

Die Grundzüge der zukünftigen Entwickelung Ostafrikas beginnen bereits hervorzutreten, es ist das Streben nach Nutzbarmachung der reichen Kräfte des Landes für den Handel mit Europa überall erkennbar, und als Hauptantrieb tritt dabei der Wettbewerb Englands und Deutschlands hervor. Es hat die Engländer verdrossen, daß Stanley seinen Weg durch das deutsche Schutzgebiet genommen und die Straße von Mpwapwa nach Bogamoyo gewählt hat, statt weiter nördlich nach Mombasso vorzudringen. Die erklärte Ursache dieser Entscheidung waren die Hindernisse, welche die im englischen Gebiete und auf dem Wege dahin wohnenden kriegerischen Stämme den erschöpften Leuten Stanley's und Emin's bereiteten. Das hat aber Stanley nicht abgehalten, den ihn in Zanzibar beglückwünschenden indischen Kaufleuten, welche ihm wegen seiner Verdienste um die Eröffnung des Handels nach Centralafrika eine Adresse überreichten, die Nothwendigkeit des Baus einer Eisenbahn von Mombassa nach dem Victoria Nyanzasee darzulegen und dafür die große Empfänglichkeit der in den benachbarten Gebieten wohnenden starken Bevölkerung nach europäischen Erzeugnissen geltend zu machen. Der Bau einer solchen Eisenbahn wäre natürlich erst möglich, nachdem die kriegerischen Stämme, auf deren Gebiet sie geführt werden soll, die Vortheile dieses wichtigen Verbindungsweges eingesehen haben. Der Ausführung des Stanley'schen Vorschlages stehen sicherlich noch große Schwierigkeiten im Wege, aber das Wort ist ausgesprochen und hat gezündet, die öffentliche Aufmerksamkeit ist darauf hingelenkt, und die Engländer sind die Leute, einem derartigen Gedanken auszuführen, wenn er ihnen vortheilhaft erscheint.

Die den Stanley gegebene Anregung ist aber auch für Deutschland und sein Schutzgebiet in Ostafrika von großer Bedeutung, und so wichtig auch die Eisenbahn von Mombassa nach dem Victoria Nyanza für den dortigen Handelsverkehr sein mag, so liegt doch eine andere Eisenbahnverbindung in Ostafrika noch näher, wir meinen die Linie Bogamoyo-Mpwapwa-Tanganyikasee und ferner noch dem Ukerewesee und dem Lualaba. Das sind die Karawanenstraßen, welche Wißmann in einem seiner Berichte hervorhebt, um die Wichtigkeit Mpwapwas als Knotenpunct für den Handelsverkehr nach der Küste und nach dem Innern in das rechte Licht zu setzen. Hier wäre die Stelle, wo der deutsche Unternehmungsgeist den Hebel anzusetzen hätte, um dereinst reiche Früchte aus dem ostafrikanischen Colonialgebiet zu ernten. Freilich darf man sich dabei nicht auf den Standpunct der Herren Richter, Bamberger, Barth und Genossen stellen und sofort reiche Erträge verlangen. Die afrikanischen Früchte werden langsam reifen, aber sie werden und können nicht ausbleiben und für die aufgewendeten Capitalien und Bemühungen volle Entschädigung gewähren.

Die Expedition Stanley's ist zunächst im englischen Interesse unternommen worden, aber sie kommt auch uns zu Gute, weil sie uns die nöthigen Grundlagen zur Beurtheilung der Verhältnisse in Centralafrika gewährt und unsere Kenntniß von Land und Leuten, von ihren Bedürfnissen und ihren Producten erweitert. Durch den Tod Buschiri's ist die Sicherheit in jenen Gegenden erheblich gestiegen, die Karawanen nehmen jetzt wieder unbehelligt ihren Weg aus dem Innern über Mpwapwa nach Bagamoyo, und die Kunde, welche die Wanyamwesi von der Küste nach dem Innern bringen, wird das Vertrauen der dort wohnenden Stämme auf die an der Küste und auf dem Wege dahin bestehende Ruhe und Ordnung befestigen, der Unternehmungssinn der Handel treibenden Bevölkerung wird neu belebt, und der Verkehr wird einen neuen erfreulichen Aufschwung nehmen.

Die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft hat bereits Vorbereitungen getroffen, um ihre Thätigkeit im deutschen Schutzgebiete in vollem Umfange wieder aufzunehmen, Consul Bohsen, dieser bereits aus seiner früheren Wirksamkeit in Zanzibar als besonders tüchtig erfundene Vertreter der Gesellschaft, wird demnächst dort wieder eintreffen und zunächst die Beziehungen zum Sultan Seyid Chalifa in Betreff der Zolltrage regeln, dann die Verschmelzung mit der Witugesellschaft durchführen und die nöthigen Maßregeln zur Hebung von Handel und Verkehr ergreifen. Damit eröffnen sich weitreichende günstige Aussichten für die Zukunft des deutschen Schutzgebietes, und es ist unausbleiblich, daß auch das bisher zurückhaltende Capital wieder reichlich fließen wird.

Die Blicke wenden sich der Sachlage entsprechend auch nach Brüssel, wo seit einem Monat der Antisclaverei-Congreß tagt. Die Verhandlungen ziehen sich in die Länge und von verschiedenen Seiten wird bereits vorausgesagt, daß die Berathungen ohne Ergebniß bleiben werden. Ein so vernichtendes Urtheil erscheint keineswegs gerechtfertigt, denn die Verhandlungen werden systematisch und mit Ernst geführt und es sind bereits Anfänge erkennbar, welche auf einen befriedigenden Abschluß hindeuten. Der Geist, welcher die Versammlung belebt, paßt zur der Aufgabe, deren Schwierigkeit allerdings nicht zu unterschätzen ist. Die Streitigkeiten zwischen England und Portugal können nicht eine so große Ausdehnung gewinnen, daß sie Beschlüsse verhindern, denn auch auf portugiesischer Seite ist unzweifelhaft die Geneigtheit vorhanden, dem Unwesen der Sclavenjagden und des Sclavenhandels energisch entgegenzutreten. Auch die Anwesenheit des Gouverneurs des französischen Congogebietes Grafen Brazza in Paris ist zum Theil durch den Wunsch veranlaßt, die Erfahrungen dieses Afrikaforschers für den Brüsseler Congreß nutzbar zu machen. Auch darin liegt ein Gewähr dafür, daß die Conferenz nicht ergebnißlos bleiben wird. Natürlich darf man die Erwartungen nicht so hoch spannen, daß die Conferenzbeschlüsse dem Sclavenhandel in Afrika den Garaus machen werden, aber sie werden jedenfalls dazu beitragen, ihn zu erschweren und zu vermindern.

Auf allen Seiten zeigt sich das Streben der Colonialmächte, ihre Gebiete in Ostafrika abzurunden und deren Grenzen sicher zu stellen. Die Besitzverhältnisse an der Küste sind jetzt in der Hauptsache geordnet, aber über die Grenzen im Innern bestehen noch Meinungsverschiedenheiten. Einen besonders ernsten Charakter haben diese zwischen England und Portugal angenommen, und es scheint, daß eine friedliche Regelung der Angelegenheit sich schwer erreichen lassen wird. Die Portugiesen verlangen die Abgrenzung eines neutralen Gebietes zwischen ihren und den englischen Besitzungen, und das ist vielleicht auch der zweckmäßigste Weg, um weiteren Streitigkeiten vorzubeugen. Vorläufig wird es sich um Prüfung der Ansprüche Portugals auf das Gebiet zwischen der Küste und dem Nyassalee handeln, und England wird sich dieser Prüfung nicht entziehen können. Wie groß die Erregung auf Seite der Portugiesen über die Besitzergreifung Englands von dem Zambesi-Gebiet ist, zeigt sich aus der Ankündigung, daß Enthüllungen über angebliche englische Grenzthaten auf dem streitigen Gebiete gemacht werden sollen. Auf welcher Seite das Recht ist, läßt sich nicht beurtheilen, bevor nicht die nöthigen Beweisstücke für die Rechte der Portugiesen oder der Engländer vorliegen. Auch die Ansprüche der Italiener auf einen Theil der Küste des Somalilandes scheinen noch näherer Feststellung zu bedürfen, um so mehr, als dort die deutschen und die englischen Interessen vorwiegen und die Frage entsteht, ob die Einsetzung einer italienischen Interessensphäre dort ohne Verletzung der Interessen der beiden andern Mächte möglich ist. In diesem Falle kann von einem ernsten Zerwürfniß nicht die Rede sein, man wird sich mit Leichtigkeit über das zukünftige Besitzverhältniß einigen.

Im Ganzen und Großen ist die Lage in Ostafrika so, daß sie zu den besten Hoffnungen für die Zukunft berechtigt, und das ist in erster Linie dem festen, zielbewußten Auftreten Deutschlands gegen die arabischen Sclavenhändler zu verdanken. Dadurch ist das gestörte Gleichgewicht an der Ostküste wieder hergestellt und das Friedensbedürfniß der Eingeborenen bis weit in das Innere hinein ihnen selbst zum Bewußtsein gebracht worden. *

Leipzig, 21. December.

* Der **Berliner Stadtverordneten-Versammlung** ist auf die an Ihre Majestät die Kaiserin Friedrich gerichtete Geburtstags-Glückwunschadresse folgendes Allerhöchste Antwortschreiben zugegangen:

„Die Stadtverordneten von Berlin haben auch in diesem Jahre in gewohnter Weise ihre Glückwünsche zu Meinem Geburtstage dargebracht und Mir damit aufrichtig wohlgethan. Denn Ich fühle mich eng verbunden mit der Bürgerschaft dieser Stadt, die Meine zweite Heimath geworden und deren großartige Entwickelung Ich durch mehr als drei Jahrzehnte mit lebhafter Theilnahme verfolgt habe. Ich bitte in diesen Worten für die Mir bewiesene Anhänglichkeit Meinen aufrichtigen Dank entgegennehmen zu wollen.

Neapel, den 6. December 1889.

gez. Victoria,
Kaiserin und Königin Friedrich."

* An den Umstand, daß die **ostafrikanische Dampfervorlage** noch immer im Reichstag nicht eingebracht worden, sind mehrfach Vermuthungen geknüpft worden, als ob sich Schwierigkeiten für diesen Gesetzentwurf ergeben hätten und die Vorlegung an den Reichstag überhaupt nicht mehr zu erwarten wäre. Wie nunmehr verlautet, ist diese Annahme durchaus unbegründet und der Reichstag wird alsbald nach seinem Wiederzusammentreten die Vorlage vorfinden.

* Wie die Zahl der in polnischer Sprache erscheinenden Bücher und Kalender mit jedem Jahre wächst, so vermehrt sich auch die Zahl der **polnischen Zeitungen** sowohl in Russisch-Polen und Galizien, als namentlich auch im deutschen Reiche recht ansehnlich. Es sind in den letzten Jahren eine Reihe polnischer Blätter in Oberschlesien entstanden, wo sonst nur deutsche Zeitungen verbreitet waren und gelesen wurden. Nicht weniger als 7 polnische Organe suchen jetzt auf die Wasserpolen in diesem Regierungsbezirke in nationalpolnischem Sinne einzuwirken: der „Katolik" in Beuthen, der „Dzwon Katolicki" (d. i. Katholische Hort) in Gleiwitz, „Gwiazda Pszczarska" (Stern von Pielar) in Deutsch-Piekar, „Nowiny Raciborskie" (Ratiborer Neuigkeiten) in Ratibor, „Głos ludu Gornoślązak" (Oberschlesische Volksstimme) in Königshütte, ferner noch „Monika" in Ratibor und ein Blatt in Nicolai im Kreise Pleß. Wenn auch einzelne dieser Zeitungen auf die Dauer sich nicht werden halten können, so wird noch die Mehrzahl Bestand haben und einen schlimmen, deutschfeindlichen Einfluß auf das sonst gut preußisch-gesinnte oberschlesische Polenthum ausüben. Besonders bekämpft die polnische Presse in Oberschlesien den deutschen Unterricht in den ehemals rein oder doch überwiegend polnischen Volksschulen und sucht der Verbreitung der deutschen Sprache nach Kräften entgegen zu wirken. Die Erfolge dieser Preßthätigkeit werden freilich erst nach einer längeren Reihe von Jahren zu Tage treten. Daß man auch die evangelischen Masuren in Ostpreußen durch Gründung einer polnischen Zeitung in Lyck ins polnische Fahrwasser bringen möchte, wurde der Kurzem schon erwähnt. Die Führer der polnischen Bewegung wissen recht gut, daß es um die Zukunft des Polenthums im östlichen Preußen viel besser bestellt sein würde, wenn es gelänge, auch die 950 000 Wasserpolen in Oberschlesien und die 360 000 Masuren in Ostpreußen, die stets deutsche Abgeordnete in den Landtag und Reichstag gesendet haben, zu Feinden des Deutschthums und der Regierung zu machen. Wenn alle polnischen Stämme in den Ostprovinzen (rund 2 800 000 Seelen) einig wären, so würden sie allerdings die doppelte Anzahl Abgeordneter nach Berlin senden und eine ganz andere Macht bilden als es jetzt der Fall ist.

* Bei der Ersatzwahl eines Landtagsabgeordneten im 11. Wahlbezirk des Regierungsbezirks Breslau (Ohlau-Brieg) wurde an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Grafen Pfeil-Kreisewitz, der „Täglichen Rundschau" zufolge, der erste Staatsanwalt Schumacher in Brieg (freicons.) mit 115 Stimmen Majorität gewählt.

* Dem Prinzen **Wilhelm von Baden** ist an seinem vorgestrigen Geburtstage ein herzliches Glückwunsch-Telegramm des Kaisers zugegangen, welches dem Prinzen zugleich mittheilte, daß er von Sr. Majestät in Erinnerung an die kriegerischen Ereignisse des Jahres 1870, an denen der Prinz ruhmvollen Antheil genommen habe, à la suite des ersten Garde-Feld-Artillerie-Regiments gestellt worden sei, welchem Regimente der Prinz früher angehört hat.

* Die Untersuchung gegen den Attentäter **Müller** aus Oethlingen, der auf den **Prinzen Wilhelm von Württemberg** geschossen hatte, hat seither gezeigt, daß von einer völligen Geistesgestörtheit des Angeklagten keine Rede sein kann; auch eine zeitweise Geistesgestörtheit ist noch keineswegs festgestellt. Neuerdings hat Müller, dem „Stuttgarter Neuen Tagblatt" zufolge, angegeben, er sei durch die Lectüre der „Münchener Neuesten Nachrichten" zu dem Attentat auf den Prinzen Wilhelm veranlaßt worden. Dort habe er nämlich gelesen, der König beabsichtige, die Thronfolge-Ordnung in Württemberg zu Gunsten der katholischen Linie des Königshauses abzuändern und da habe er das Scheinattentat verübt, um diesen Plan zu hintertreiben. In den „Neuesten Nachrichten" ist eine Meldung erwähnten Inhalts nicht zu lesen gewesen. Immerhin erreicht Müller mit solchen raffinirten Lügen eine lange Hinausziehung der Voruntersuchung. Der verantwortliche Redacteur der „Münchener Neuesten Nachrichten" wurde zweimal zeugenschaftlich in Bezug auf die Behauptungen Müller's vernommen, konnte aber den bündigen Beweis erbringen, daß der Attentäter gelogen hatte.]

* * *

* Der Chef des **schwedischen Telegraphenwesens,** Generaldirector Nordlander, ist von seinem Posten zurückgetreten. Zufolge eines Beschlusses der Regierung wird ein Comité eingesetzt, um die Frage der Vereinigung des Post- und Telegraphenwesens unter einem gemeinsamen Chef zu prüfen.

* Der **französische** Senat hat die geheimen Fonds mit 209 gegen 25 Stimmen bewilligt. — In der Deputirtenkammer wollte La Ferronays eine Anfrage an den Minister des öffentlichen Unterrichts Fallières darüber richten, ob es nicht angezeigt sei, die Ferien in den Lyceen und Collegien wegen der herrschenden Grippen-Epidemie früher eintreten zu lassen. Der Minister ersuchte La Ferronays, seine Anfrage bis nächsten Sonnabend zu verschieben, damit er erst mit dem Rector der Akademie conferiren könne. — Außer dem Ministerpräsidenten Tirard und den Ministern Freycinet, Rouvier und Fallières ist auch der Minister des Aeußeren Spuller an der Influenza erkrankt, derselbe wird deshalb der Eröffnung der neuen Eisenbahn im Departement Côte d'Or, wohin er sich am nächsten Sonntag begeben wollte, nicht beiwohnen können.

* Aus London, 17. December, wird der „Kölnischen Zeitung" geschrieben:

Es scheint, daß der Gasarbeiterausstand endgiltig in sich selbst zerfallen ist. Der Lohn reicht noch bis zu Ende dieser Woche aus und dann beginnt die Noth. An mitleidbaren und annehmbaren Almosen seitens des Publikums sind bis jetzt nur 150 Lstrl. eingelaufen. Das einzige Zeichen ihres Trotzes ist die Wiederaufstellung von Beobachtungsposten an der Gasfabrik von Old Kent Road, aber nicht, um die Streikenden abzuschrecken, sondern um die eigenen Leute von dem Wiedereintritt abzuhalten. In der Gasfabrik selbst hat die Gutsergangung, die am Freitag von 21 Millionen Cubikfuß auf 18 Millionen Kl. sich stetig auf 16 Millionen gehoben. Es stellte sich dabei heraus, daß die ausgeschiedenen Arbeiter böswilligerweise die Retorten theils verstopft zurückgelassen haben. Die Straßenbeleuchtung auf der Südseite ist noch immer mangelhaft und die verschiedenen mit der Beleuchtung betrauten Behörden sind in großer Aufregung, denn wenn irgend ein Unfall dadurch sich ereignet, werden sie für den Schaden aufkommen müssen, und natürlich in zweiter Linie die Gasgesellschaft, welche vertragsmäßig zur Lieferung einer gewissen Gasmasse von 16 Kerzenstärken verpflichtet ist. Diese Verantwortlichkeitsleiter dürfte aber vielleicht für Dieselben verhängnißvoll werden, die von ihr aus sich an der Gasgesellschaft rächen wollten, nämlich für die Gasarbeiter selbst. Sie haben die Freiheit gehabt, den Bezirksvorsteher von Bermondsey, der zur Stift-Londoner Gudgeh-Kirchen gehört, durch eine Abordnung auf die eiende Gasbeleuchtung aufmerksam zu machen, damit er sich nicht von der Gesellschaft um die andbedungene Gasmasse berauben lassen solle. Aber wer trägt die Schuld daran? Die Gasarbeiter selbst. Wenn also von Verantwortlichkeit die Rede ist, so müßte sie zuerst den Gasarbeitern aufgebürdet werden, die wohlfür jeder Verantwortlichkeit bar sind. Daran knüpft sich dann die Frage, ob überhaupt in der Zukunft eine Angelegenheit von öffentlichem Interesse dem Betriebe unverantwortlicher Arbeiter anheimgestellt werden dürfe, mit anderen Worten, ob die Gasarbeiter nicht auch ihrerseits Verträge einzugehen haben, welche das Publicum vor ihrer Willkür schützen. Fürst Bismarck ist bekanntlich der erste, welcher die Ausstandsfrage in diesem Lichte beleuchtet hat; und die heutige „Times" ist ganz seiner Meinung. Die ganze Ausstandstheorie, die jetzt nur noch dem Marktwert von zahlreichen Gewerkvereinern gehandhabt wird, würde dadurch mit den Interessen des Publikums engere Fühlung erhalten.

* Nach einem Telegramm aus Aden sind daselbst Boten aus Schoa eingetroffen, welche bestätigen, daß König Menelik zu Anfang dieses Monats nach Tigre abgegangen ist.

* Der **Kaiser von Japan** hat, altem Brauch gemäß, Anfang November den **Kronprinzen gewählt.** Die betreffende amtliche Bekanntmachung lautet: „Wir ernennen S. K. H. den Prinzen Joschihito Schinno zum Kronprinzen nach dem Beispiele unserer Ahnen und bestimmen, daß dies öffentlich bekannt gemacht wird. Dies ist gegengezeichnet von dem Grafen Hoschikata Hisamoto, Minister des kaiserlichen Hauses." Die Feierlichkeit in Tokio ist nach einem Berichte des „Hannover'schen Courriers" folgendermaßen verlaufen: Am Morgen des 4. November um 9 Uhr begab sich im Auftrag des Kaisers Markgraf Takudadschi nach dem Palaste des Prinzen Joschihito Schinno oder, wie er kurz heißt, Harunomiya, um ihm den kaiserlichen Entschluß persönlich mitzutheilen. In Begleitung des Markgrafen-Großkanzlers und seines Erziehers, des Generalleutenants Soja, sowie des Grafen Takutsuchi begab sich um 10 Uhr der Kronprinz, begleitet von der kaiserlichen Leibgarde, zu Wagen nach dem kaiserlichen Palast. Er ist gar, Zeit Fähnrich der kaiserlichen Leibgarde und trug schwarze Galauniform mit rothem Mantel. Am Portale des Palastes wurde dem erwählten Thronfolger seitens der Studenten der Universität und der Schüler der Fachschulen, die mit ihren Professoren dort harrten, die erste Huldigung dargebracht. Kaiser Mutsuhito erwartete den Prinzen im Audienzsaale nebst sämmtlichen Ministern. Ceremonienmeister Sannomiya geleitete den Kronprinzen zu den Stufen des Thrones, zu welchem er noch zweimaliger Verbeugung hinaufstieg. Nach der Begrüßung mit seinem kaiserlichen Verwandten wurde er vom Mikado selbst durch Verleihung der Großkreuzorden des Chrysanthemumordens ausgezeichnet. Der Kaiser überreichte ihm ferner als Zeichen der kronprinzlichen Würde das auf ihn übergehende berühmte Schwert Tsubeki, das stets dem erwählten Thronerben von seinem Vorgänger übergeben werden muß. Zuerst gab es Kaiser Uda seinem Nachfolger, dem Kaiser Daigo (887), seitdem ist es in ununterbrochener Reihe vererbt worden. Nach feierlicher Anlegung des ein Jahrtausend alten Erbschwertes und nach längerer Unterhaltung mit dem Kaiser begab sich der Kronprinz nach dem Nowamopalast zur Begrüßung der Kaiserinwittwe. Das Fest seiner Ernennung wurde in der Stadt durch Volksbelustigungen und Abends durch eine große Illumination gefeiert.

* Die Geschworenen im Cronin-Proceß in Chicago nahmen vor der Urtheilsfällung, die bekanntlich in Illinois der Jury zusteht, nicht weniger als 40 Abstimmungen vor. Elf Geschworene stimmten für Tod durch Erhängen, einer widersetzte sich, und so erfolgte der bekannte Urtheilsspruch, über welchen in allen nichtirischen Kreisen große Erbitterung herrscht. Dieselbe kommt in der Presse zum entsprechenden Ausdruck. „Das Ende dieses Processes", sagt „Philadelphia Public Leader", „ist so unglaublich, wie sein ganzer übriger Verlauf. Es war absurd, drei der Angeklagten zu lebenslänglicher, einen vierten zu dreijähriger Einkerkerung zu verurtheilen; waren sie schuldig, so blieb für sie nur der Strick des Henkers, denn sie hatten einen wohlüberlegten, brutalen, grausamen Mord, ohne jedes Gewissensbedenken, aus dem Hinterhalt heraus begangen; waren sie unschuldig, so mußte Freisprechung erfolgen." Aehnlich äußert sich „New-York Herald", welcher noch beifügt:

Das Urtheil enthält der Gesellschaft das volle Recht vor, welches zu finden sie berechtigt ist; es ist ungeeignet und unfaßlich. Die Strafe für Mordversuch ist der Tod, das Urtheil aber hat den Angeklagten um sein Recht betrogen und die Gerechtigkeit zu Fall gebracht. Entrüstung herrscht darüber nicht allein in Chicago, sondern in der ganzen Nation. Die Anarchisten waren nicht besser als die anarchistischen Mörder. Sie gründeten auch einer ganz erheblichen Verbindungen an, welche Feinde civilisirter Regierung und der Ordnung sind. Die Anblick von vier am Galgen baumelnden Anarchisten hat mehr dazu beigetragen, Chicago von Anarchisten zu säubern, als 100 auf Gefängniß lautende Urtheile es hätten thun können. Dieselbe Wirkung auf den Klassenhaß hätte es gehabt, wenn nur einer seiner Mitglieder gehängt worden wäre. Solch warnendes Beispiel war für Chicago eine Nothwendigkeit, aber das Chicagoer Gericht hat es versäumt, es zu geben.

Ebenso lautet das Urtheil der „New-York Times", welche sich nur damit zu trösten sucht, daß das Urtheil für die obwaltenden Umstände wenigstens noch das bestmögliche gewesen sei.

Colonialpolitisches.

Das deutsche Wituland und die englischen Ansprüche.

* Angesichts der Ansprüche, welche die Mackinnon'sche British-Ostafrikanische Gesellschaft, bezw. der von dieser vorgeschobene Sultan von Zanzibar neuerdings auf einen Theile des Witulandes erheben, dürfte es von Interesse sein, den Streitpunct einmal genauer festzustellen. Durch das Londoner Abkommen vom 29. October und 1. November 1886 wurde (so führt die „Kölnische Zeitung" aus) von Deutschland und England der Tanaflluß als die Nordgrenze des unerkannten englischen Interessenkreises in Ostafrika festgesetzt. Im Vorbeiziehen der Tanamündung, wenige Kilometer von diesem Flusse entfernt, nimmt der kleine Osiflüß, welcher im Innern von Witu entspringt, seinen Lauf zur Küste hin. Beide Flüsse sind am Punct ihrer größten Annäherung durch den im Eigenthum des Witu-Sultans stehenden Betsimkanal verbunden, welcher einen directen Schiffahrtsweg zwischen der Osimündung, bezw. Witu, und den großen Gebieten des weit ins Innere hinein schiffbaren Tana ermöglicht. An dem nördlichen Ufer der Osimündung liegen die Orte Kipini und etwas mehr oberhalb Kau. Das Londoner Abkommen bestimmt nun, daß die dem Sultan von Zanzibar zugehörige Küste im Norden bis Kipini reichen, landeinwärts eine Tiefe von 10 Seemeilen haben und den Ort Kau einschließen soll. Sodann wird als zu Witu gehörig anerkannt die Küste von Kipini nördlich bis zum Nordende der Wanda-Bai. Es ist nun die Witu-Frage von hervorragender Bedeutung, da ein Theil des Ortes aber der Brittsoniconsul innerhalb des zu Zanzibar gehörigen, 10 See-